

Fragen an die wahlwerbenden Parteien

Der ÖGB steht für ein gutes Leben für alle ArbeitnehmerInnen. Vor der Nationalratswahl im Herbst 2019 befragen wir daher die Parteien, inwieweit sie bereit sind, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu unterstützen. Der ÖGB und die Gewerkschaften stehen vor und nach der Wahl jedenfalls für einen offenen Dialog und für ernsthafte Verhandlungen im Interesse der ArbeitnehmerInnen zur Verfügung.

Die Fragen ergehen an alle Parteien, die bereits bekannt gegeben haben, bei der Nationalratswahl 2019 anzutreten (SPÖ, ÖVP, FPÖ, NEOS, Liste Jetzt, Grüne, KPÖ), im Laufe der Wahlvorbereitung werden die Ergebnisse um weitere wahlwerbende Gruppen ergänzt. Bitte beantworten Sie die Fragen bis 4. August. Die Ergebnisse werden im Vorfeld der Nationalratswahl themenspezifisch und als Gesamtschau öffentlich gemacht. Zur Information: Die Kommentarfelder sind optional und werden nur untergeordnet dargestellt. Im Mittelpunkt steht die Zustimmung bzw. die Ablehnung der Parteien in Bezug auf die jeweilige Forderung bzw. Aussage.

Freizeit und Familie

Ein gutes Leben hängt wesentlich damit zusammen, Arbeit und Freizeit gut vereinbaren zu können. ArbeitnehmerInnen brauchen in allen Lebensphasen faire Regelungen, die ihnen Gestaltungsspielraum geben. Deshalb möchte der ÖGB erfahren, wie Ihre Partei zu folgenden Themen steht:

1. Aussage: Das Berufsleben ist oft anstrengend. Mit zunehmendem Alter, mit Pflege oder Betreuungspflichten werden die Belastungen körperlich und auch geistig spürbarer. Unternehmen sollen dazu verpflichtet werden, Arbeitsbelastungs- und Arbeitszeitmodelle einzuführen, die unterschiedliche Lebensumstände berücksichtigen.
2. Sollen die im Herbst 2018 in Kraft getretene Regelungen zum 12-Stunden-Tag/ zur 60-Stunden-Woche wieder rückgängig gemacht werden?
3. Sind Sie für eine sechste Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen?
4. Die letzte gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden pro Woche war 1975. Sind Sie für eine neuerliche Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich?

5. Soll es einen Rechtsanspruch auf Altersteilzeit geben?
6. Sind Sie dafür, dass Sonntagsarbeit auf jene Bereiche beschränkt ist, wo es für den Erhalt des öffentlichen Lebens notwendig ist (Pflege, öffentliche Sicherheit, etc.)?
7. Aussage: Überstunden sollen die Ausnahme und nicht die Regel sein. Dazu sind entsprechende Maßnahmen zu ergreifen (z.B. Einführung eines „Überstundeneuro“ – jeder Arbeitgeber bezahlt einen Euro pro Überstunde).
8. Sind Sie dafür, den selbstbestimmten Verbrauch von Zeitguthaben gesetzlich abzusichern?
9. Sollen ArbeitnehmerInnen einen Rechtsanspruch auf eine 4-Tage Woche haben?
10. Aussage: Zum Schutz der ArbeitnehmerInnen muss es viel mehr Kontrollen und wirksame Sanktionen für Unternehmen zur Einhaltung von Arbeitszeiten und Löhnen bzw. bei Gesetzesverstößen geben.

Arbeitsrecht, Gleichstellung und Mitbestimmung

Die Arbeitswelt ändert sich permanent. ArbeitnehmerInnen brauchen auch weiterhin eine gute rechtliche Absicherung und gute Mitbestimmungsmöglichkeiten. Deshalb ist es für die ArbeitnehmerInnen wichtig, zu erfahren, wie Ihre Partei zu folgenden Fragen steht:

11. Arbeit wird immer öfter über digitale Plattformen organisiert (FahrradbotInnen, Taxidienste, ...). Sind Sie dafür, dass für Menschen, die auf digitalen Plattformen arbeiten, gesetzliche Schutz- und Mitbestimmungsregelungen in Kraft treten?
12. Aussage: Für freie DienstnehmerInnen müssen alle Bestimmungen des Arbeitsrechts, des Kollektivvertrags und der Betriebsvereinbarungen gelten!
13. Sind Sie für die Begrenzung von All-In Verträgen auf Führungskräfte?
14. Soll es spürbare finanzielle Sanktionen für Unternehmen geben, die keine nachweislichen Maßnahmen gegen Einkommensdiskriminierungen setzen?
15. Sind Sie für die Beibehaltung der Mitbestimmung von Jugendlichen im Betrieb – also für den Jugendvertrauensrat?
16. Betriebe müssen Menschen mit Behinderung anstellen. Derzeit können sich Betriebe mittels Ausgleichstaxe günstig „freikaufen“. Soll diese Ausgleichstaxe im Behindertengleichstellungsgesetz deutlich erhöht werden, um mehr Menschen mit Behinderung in Beschäftigung zu bringen?
17. Gewalt am Arbeitsplatz ist für immer mehr Beschäftigte eine hohe Belastung. Werden Sie dafür sorgen, dass es zu weniger Gewalt am Arbeitsplatz kommt und dass Betroffene eine kostenlose Begleitung bekommen, um mit dem Erlebnis umzugehen?

18. Mithilfe der Arbeiterkammerumlage finanziert die AK ein breites Angebot an Leistungen für die ArbeitnehmerInnen. Außerdem werden jährlich Millionen Euro auf dem Rechtsweg für die ArbeitnehmerInnen erstritten. Für durchschnittlich 7 Euro im Monat erhalten die Beschäftigten eine durchsetzungsstarke AK. Soll dieses erfolgreiche Modell durch eine Kürzung der Arbeiterkammerumlage geschwächt werden?
19. Soll die gesetzliche, solidarische Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer geschützt bleiben?
20. Aussage: LeiharbeiterInnen sollen nach 12 Monaten Beschäftigung im selben Betrieb Anspruch auf Übernahme in die Stammbesellschaft haben.
21. Sind Sie für eine Begrenzung des Anteils von LeiharbeiterInnen gemessen an der Gesamtbesetzung?

Steuern

Die ArbeitnehmerInnen tragen 80 % der Steuerlast. Steueroasen und Schlupflöcher ermöglichen Konzernen, ihren Beitrag zum Steueraufkommen so gering wie möglich zu halten. Wie steht Ihre Partei zu folgenden Forderungen?

22. Sind Sie für eine rasche Lohnsteuersenkung von 5 Mrd. €? (= durchschnittlich 1.000 € pro Jahr für jeden Arbeitnehmer/ jede Arbeitnehmerin)
23. ExpertInnen bestätigen, dass die Senkung der KöSt (Körperschaftsteuer) nur einer kleinen Gruppe von großen Unternehmen zugutekommt. Sind Sie für die Senkung der KöSt?
24. Aussage: Bei der Körperschaftsteuer braucht es einen EU-weiten Mindestsatz! Nur damit können sich Länder nicht mehr gegenseitig mit immer niedrigeren Steuern unterbieten.
25. Aussage: Aktuell müssen Steuerfragen in der EU einstimmig beschlossen werden. In Steuerfragen muss in der EU künftig eine einfache Mehrheit entscheiden können, damit einzelne EU-Steueroasen Fortschritte nicht mehr blockieren!
26. Aussage: Steuerschulden und Schulden bei der Sozialversicherung müssen auch bei Unternehmen sofort eingefordert werden.
27. Aussage: Große Konzerne sollen Steuern in Österreich zahlen, so wie es der Würstelstand um die Ecke und der Arbeiter am Bau auch tun.

Pensionen

Für ein gutes Leben im Alter braucht es eine gute soziale Absicherung. Wie steht Ihre Partei zu folgenden Fragen/Aussagen?

28. Aussage: Meine Partei stellt sicher, dass keine PensionistIn in Armut leben muss. Auch die nächsten Generationen müssen mit einer gesetzlichen Pension rechnen können, die ihren Lebensstandard sichert.

29. Soll unser solidarisches und umlagefinanziertes öffentliches Pensionssystem in der Verfassung abgesichert werden?
30. Sind Sie für eine Anhebung des Regelpensionsalters auf 67 Jahre?
31. Soll das Regelpensionsalter künftig automatisch an die Lebenserwartung angepasst werden? (=Pensionsautomatik)
32. Sind Sie dafür, das Frauenpensionsalter früher an das Männerpensionsalter anzugleichen und somit rascher anzuheben?
33. Tritt Ihre Partei dafür ein, dass Zeiten, in denen Kinder oder andere Verwandte betreut und gepflegt werden oder Ausbildungen gemacht wurden, bei der Pension besser berücksichtigt werden?
34. Aussage: Viele ArbeitnehmerInnen leisten belastende Arbeit, gelten aber trotzdem nicht als SchwerarbeiterInnen. Die Schwerarbeitsverordnung muss daher überarbeitet werden.
35. Aussage: Wer 45 Jahre lang gearbeitet hat, darf bei der Pension keine Abschläge haben.

Gesundheit und Pflege

Ein gutes Leben für ArbeitnehmerInnen heißt auch, dass wir gut versorgt werden, wenn es gesundheitliche Probleme gibt. Wie stehen Sie zu folgenden Fragen/Aussagen der gesundheitlichen Versorgung für alle ArbeitnehmerInnen und ihren Familien?

36. Aussage: Erstklassige Versorgung bei Krankheit oder Unfall muss für alle möglich sein – egal ob reich oder arm. Kein System darf zahlende PatientInnen bevorzugen (z.B. schnellere Termine, bessere Betreuung und Operationen)
37. Aussage: Wir brauchen gleiche Leistung auf höchstem Niveau für alle PatientInnen!
38. Sollen Selbstbehalte im Gesundheitssystem gedeckelt bzw. ganz abgebaut werden?
39. Sollen ArbeitnehmerInnen in ihrer Sozialversicherung selbst bestimmen können?
40. Soll die Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen zur Pflichtaufgabe der AUVA werden?
41. Sollen die Sozialversicherungen weiter eigene Einrichtungen (Reha-Zentren, Krankenhäuser) betreiben und damit allen Versicherten die beste Leistung ermöglichen?
42. Soll im medizinischen Bereich (ÄrztInnen, Pflegepersonal, Betreuungspersonal) ein für ganz Österreich gültiger Personalschlüssel eingeführt werden, damit es überall ausreichend Personal in den Gesundheits-, Pflege-

und Betreuungseinrichtungen gibt?

43. Sind Sie für eine bessere Entlohnung der Beschäftigten im Sozialbereich, d.h. auch für eine höhere Subventionierung der öffentlichen und privaten Sozialeinrichtungen?
44. Österreich hat 200.000 Dollarmillionäre. Soll die Finanzierung der Pflege durch die Besteuerung sehr hoher Vermögen und Erbschaften gesichert werden?
45. Sind Sie dafür, dass Tageszentren, Kurzzeitpflege, mobile Pflegeangebote und Hospiz etc. zur Entlastung der pflegenden Angehörigen ausgebaut und von der öffentlichen Hand finanziert werden?
46. Sind Sie für einen Rechtsanspruch auf Pflegekarenz/Pflegeteilzeit?
47. Wird Ihre Partei Qualitätssicherung und soziale Absicherung der 24 Stunden-BetreuerInnen vorantreiben?

Arbeitsmarkt

Wir haben derzeit zwar so viele Beschäftigte wie noch nie, gleichzeitig sind aber viele Menschen arbeitslos. Vor allem Menschen mit geringer Bildung, ältere ArbeitnehmerInnen und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen haben es am Arbeitsmarkt schwer. Die ArbeitnehmerInnen möchten deshalb erfahren, zu welchen konkreten Schritten Sie bereit sind, um die Chancen dieser Menschen am Arbeitsmarkt zu erhöhen:

48. Sollen Menschen ab 25 Jahren finanziell unterstützt werden, um ihnen eine zweite Ausbildung zu ermöglichen? (=Qualifizierungsgeld neu)
49. Soll es weiterhin eine öffentliche Ausbildungsgarantie bis 25 Jahren geben?
50. Soll es auch zukünftig Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose über 50 Jahre geben? (z.B. im gemeinnützigen Bereich)
51. Sollen auch zukünftig 50 % der Fördermittel des AMS für Frauen bereitgestellt werden?
52. Aussage: Es darf keinesfalls zu zeitlicher Befristung oder gar zur Abschaffung der Notstandshilfe kommen.
53. Sind Sie für Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in Branchen mit mangelnder Attraktivität, wie z.B. im Tourismus- und Gastrogewerbe, durch die Schaffung einer Tourismusurlaubs- und Abfertigungskasse (nach Vorbild der Baubranche)?
54. Sind Sie dafür, dass bei öffentlichen Auftragsvergaben vermehrt Unternehmen zum Zug kommen, die Lehrlinge / Menschen über 50 / Menschen mit Behinderung / Langzeitarbeitslose beschäftigen?
55. Sind sie für eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und der Notstandshilfe zur Unterstützung jener ArbeitnehmerInnen, die auf Arbeitssuche sind?

- 56. Aussage: Menschen mit Kinderbetreuungspflichten müssen auch Vollzeit arbeiten können. In ganz Österreich braucht es daher leistbare und ganztägige Kinderbetreuung.
- 57. Aussage: Meine Partei unterstützt Menschen, die sich beruflich von einer Branche in eine andere verändern möchten und setzt sich daher für Umschulungen durch das AMS ein.
- 58. Sind Sie für weitere Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Arbeitskräfte aus Drittstaaten?

Bildung und Berufsausbildung

Bildung und Ausbildung sind Schlüssel für ein gutes, selbstbestimmtes Leben. Sie entscheiden über zukünftige Chancen am Arbeitsmarkt, aber nicht nur: Bildung soll auch kritisches und kreatives Denken fördern.

- 59. Sollen sogenannte „Problemschulen“ mehr Mittel bekommen?
- 60. Unterstützen Sie die Forderung nach einem flächendeckenden Ausbau des Angebotes an Ganztagschulen mit verschränktem Unterricht?
- 61. Unternehmen sollen verstärkt in die Pflicht genommen werden, die Fachkräfte von morgen auszubilden. Sind sie dafür, dass Betriebe, die keine Lehrlinge ausbilden, in einen Ausbildungsfonds einzahlen müssen?
- 62. Unterstützen Sie den Ausbau der überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen, mit dem Ziel, ein flächendeckendes, qualitätsvolles Angebot sicherzustellen?
- 63. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit positivem Beispiel vorangeht und zusätzliche Ausbildungsplätze in Bund, Ländern und Gemeinden schafft?
- 64. Unterstützen Sie die Forderung nach einem Ausbau der Angebote für „Lehre mit Matura“ und nach der Verbesserung der Rahmenbedingungen? (z.B. Rechtsanspruch auf ein gebührenfreies Angebot für die Vorbereitung zur Berufsreifeprüfung)
- 65. Aussage: Meine Partei wird die Unternehmen in die Pflicht nehmen, die Fachkräfte von morgen auszubilden.
- 66. Soll der Integrationsfonds auch zukünftig Deutschkurse für MigrantInnen finanzieren, damit diese fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden können?
- 67. Die Unternehmen bemängeln immer öfter, dass die Grundkenntnisse bei Schreiben, Lesen, Rechnen fehlen. Werden Sie sicherstellen, dass ausreichende öffentliche Mittel zur besseren Vermittlung dieser Grundkenntnisse zu Verfügung stehen und jedem der Zugang ermöglicht wird?

Klima

Die Erreichung der Pariser Klimaziele stellt eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Der Übergang wird sich tiefgreifend auf die Wirtschaft und unsere Lebensweise auswirken und ohne die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird er misslingen.

68. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass während des Übergangs Energie für alle VerbraucherInnen und Unternehmen leistbar bleibt?
69. Sind Sie für zusätzliche Investitionen in den Schienengüterverkehr, um mehr Transporte auf die Schiene zu verlagern?
70. Aussage: Öffentlicher Verkehr muss auch im ländlichen Raum alltags-tauglich vorhanden sein und österreichweit ausgebaut werden?
71. Aussage: Öffentlicher Verkehr muss für alle leistbar sein.
72. PendlerInnen, die den öffentlichen Verkehr nutzen, sollen viel stärker entlastet werden.
73. Aussage: Geförderte Green Jobs müssen auch gute Arbeitsplätze sein (Kollektivvertrag, Vollzeit, gute Einkommen).
74. Sind Sie für hitzefrei ab einer Temperatur von 32 Grad für Arbeiten im Freien?
75. Aussage: Ab 25 Grad in Innenräumen und Fahrzeugen müssen Hitzeschutzmaßnahmen getroffen werden.
76. Auf Landes- und Gemeindestraßen soll für LKW Maut eingehoben werden, damit das Ausweichen in die Wohnorte gestoppt wird.

Privatisierung und Liberalisierung

Bei Leistungen der Daseinsvorsorge, z.B. Wasserversorgung oder Wohnen, ist der gleichberechtigte Zugang für alle Menschen, qualitativ hochwertige Leistungen sowie erschwingliche und sozial verträgliche Preise essenziell.

77. Sind Sie für eine verfassungsrechtliche Verankerung eines Verbots von Privatisierungen der Leistungen der Daseinsvorsorge, wie z.B. des Öffentlichen Verkehrs und der Bildung? (Anmerkung: Ein Verbot, wie es Anfang Juli zum Thema Wasser im Nationalrat beschlossen wurde)
78. Sollen Leistungen der Daseinsvorsorge wie Wasserversorgung oder Bahn von Freihandelsabkommen ausgenommen werden?
79. Werden Sie sich für den Ausbau von sozialem, öffentlichem Wohnbau und für die Förderung von leistbaren Mietwohnungen einsetzen?
80. Sind Sie für den Erhalt des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunks (ORF)?

81. Aussage: Kunst und Kultur gehören zum guten Leben und sind ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor in Österreich. Sind Sie für die parteipolitisch unabhängige, rechtlich abgesicherte staatliche Subventionierung des gesamten Kunst- und Kulturbereiches (inkl. Valorisierung der Lohnkosten!)?

Abschluss und Ausblick

Vielen Dank für Ihre Antworten! Wir werden die Antworten aller Parteien in den nächsten Wochen bis zur Nationalratswahl schrittweise oder gesamt veröffentlichen.

Sollten Sie noch Fragen haben, wenden Sie sich bitte an die ÖGB Kommunikationsabteilung, presse@oegb.at.